

Forschungsreaktoren

Beschlussempfehlung

Die Petition der Bundesregierung - dem Bundesministerium für Bildung und Forschung - als Material zu überweisen.

Begründung

Mit der Petition wird gefordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den weltweiten Abbau der zivilen Nutzung von Highly Enriched Uranium (HEU), insbesondere den beschleunigten Ersatz von HEU in Forschungsreaktoren, unterstützt und mit den dazu motivierten Staaten kooperiert.

Ferner wird die Umrüstung des Forschungsreaktors München II vom Betrieb mit HEU auf LEU (Low Enriched Uranium) verlangt. Dieses Anliegen wird von einer weiteren Eingabe sowie von 42 Bürgerinnen und Bürgern durch ihre Unterschrift unterstützt.

Zur Begründung wird vorgetragen, wie sich am Beispiel Pakistans gezeigt habe, eigne sich HEU gerade für Schwellenländer und auch für Terroristen zum Bau der im Gegensatz zu den "High-Tech-Atombomben" einfacheren "Uran-Bomben". Gerade bei der Nutzung im zivilen Bereich bestehe die Gefahr der Abzweigung für nukleare Rückstände.

Der Petitionsausschuss hat zu dem Vorbringen Stellungnahmen des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) eingeholt. Unter Einbeziehung dieser Stellungnahmen läßt sich das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung wie folgt zusammenfassen:

noch Pet 4-14-30-2793-

Die Petenten weisen zutreffend darauf hin, dass HEU ein Ausgangsmaterial für die Herstellung von Atombomben ist. Deshalb hat sich die Internationale Staatengemeinschaft seit Jahren darum bemüht, diesen brisanten Stoff im Forschungsbereich zu ersetzen. So ist es im Rahmen eines internationalen Programms zur Umstellung von Forschungsreaktoren (RERTR-Programm) auf nicht waffenfähiges, niedrig angereichertes Uran in den vergangenen Jahren gelungen, den Handel mit hochangereichertem Uran entschieden zu verringern und somit die davon ausgehenden Proliferationsgefahren zu reduzieren.

Auch die Bundesrepublik Deutschland hat sich mit ihren bestehenden Forschungsreaktoren an dem RERTR-Programm beteiligt und damit einen wichtigen Beitrag zur Nichtverbreitung von waffenfähigem Uran geleistet. So ist der von Siemens nach Indonesien gelieferte Forschungsreaktor weltweit der erste Neubau auf LEU-Basis. Der Geesthachter Reaktor ist nach einer Modernisierung auf LEU umgestellt worden. Eine Umstellung des Berliner Reaktors erfolgt ebenfalls. Lediglich für den Jülicher Reaktor gibt es keine konkreten Umstellungspläne, da für diesen Reaktor noch eine Restlaufzeit bis zum Jahr 2005 vorgesehen ist.

Die Bundesregierung hat die in der Öffentlichkeit anhaltende Kritik an der Nutzung von HEU im Forschungsreaktor München II in ihrer Koalitionsvereinbarung vom 20. Oktober 1998 aufgegriffen und unter Hinweis darauf, dass der Einsatz von waffenfähigem Uran in Forschungsreaktoren hochproblematisch und außenpolitisch bedenklich sei, zugesichert zu prüfen, ob Möglichkeiten einer Umrüstung des FRM-II auf den Betrieb mit LEU bestehen. In Ausführung dieser Absichtserklärung hat das BMBF inzwischen eine Expertenkommission eingesetzt, welche die Möglichkeiten für eine Umrüstung des FRM-II prüfen sollte.



Nach Abschluß ihrer Untersuchungen ist die Expertenkommission zu dem Ergebnis gekommen, dass der Umbau des FRM-II zu einer Leistung von 32 MW einem Neubau gleichkomme. Seine Umrüstung auf den Einsatz von LEU-Brennstoff vor seiner Fertigstellung sei eine proliferationspolitisch sinnvolle und technisch realisierbare Option. Es bestehe Einigkeit, dass ein solcher Umbau grundsätzlich denkbar sei und unzumutbare Beeinträchtigungen für die Wissenschaft vermeidbar seien, wenn er in einem fest kalkulierbaren Zeitraum von maximal 3 Jahren durchgeführt werden könne. Es bestünden allerdings unterschiedliche Einschätzungen zum Genehmigungsaufwand und zur Zeitdauer des Umbaues. Dies bedinge auch unterschiedliche Auffassungen über das Ausmaß der Beeinträchtigung der wissenschaftlichen Forschung.

Wie die Expertenkommission weiter festgestellt hat, wird mit der Fertigstellung des FRM-II und seiner Inbetriebnahme mit HEU-Brennstoff das proliferationspolitische Ziel verfehlt. Dies werde nur mit der späteren Umstellung auf den Einsatz niedrig angereicherten LEU-Brennstoffs, sobald dieser zur Verfügung stehe, erreicht. Der für den Umbau erforderliche Zeitaufwand von etwa 3 Jahren sei kalkulierbar und vermeide so unzumutbare Beeinträchtigungen für die Wissenschaft.

Die spätere Umstellung auf den Einsatz von MEU-Brennstoff mittlerer Anreicherung (ca. 50 v.H.) vermindere das Proliferationsrisiko, verstoße aber immer noch gegen die Ziele des Internationalen Anreicherungsprogramms.

In jedem Fall bedürften die für die verschiedenen Varianten entstehenden Zusatzkosten und auch die damit einhergehenden Entsorgungsprobleme weiterer Prüfungen und Bewertungen. Der Petitionsausschuß hält es für wünschenswert, dass sich die

noch Pet 4-14-30-2793-

Bundesrepublik Deutschland auch an den laufenden internationalen Arbeiten zur Entwicklung neuer niedrig angereicherter Brennstoffe für Forschungsreaktoren beteiligt.

Der Petitionsausschuss hält die Eingabe für geeignet, in die laufenden Maßnahmen und Gespräche der Beteiligten miteinbezogen zu werden und empfiehlt deshalb, die Petition der Bundesregierung - dem BMBF - als Material zu überweisen.